

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19231021

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Das „Samburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer an den 2. Feiertagen.
Bezugspreis: für 6. Zeit vom 20. Okt. bis 26. Okt. 1.400 M.M. (Post, am 20. Okt. 1.400 M.M., frei im Voraus).
Für Abnehmer 1.750 M.M. (Post, am 20. Okt. 1.750 M.M., frei im Voraus).
Nachdruck ist ohne Erlaubnis der Redaktion nicht gestattet.
Redaktion:
Samburgerstraße 11, erster Stock.
Verantwortlicher Redakteur:
Hans Sander, M.D.M.
Erscheinung:
Samburgerstraße 11, erster Stock.
Verantwortlicher Redakteur:
Hans Sander, M.D.M.

Bezugspreis vom 20. bis 26. Okt. 1 Milliarde 800 Millionen Mark.
Zahlbar am 20. Oktober.

Samburger Echo

Einzelpreis 260 Millionen Mark.

Anzeigen die über 100 Zeilen betragen, werden nach dem Tarif für Anzeigen in den Zeitungen berechnet. Die Anzeigenpreise sind in den Anzeigenblättern veröffentlicht.

Nr. 291.

Sonntag, den 21. Oktober 1923.

37. Jahrgang.

Trauerspiel in Deutschland.

Im Felsenverlag zu Buchenbach in Baden erschien kürzlich ein utopischer Roman Labofas Mastrom, von Richard Baerwald, darin der Verfasser ein höchst einfaches Rezept zur Befreiung des Kontinents und zur Ordnung der Weltviren angibt. Er läßt die Handlung auf dem Mars abspielen, wo in der Borgeit die Staaten sich ebenbürtig bekämpft hatten, wie auf der Erde im Weltkrieg. Garla war niedergelassen, wie Deutschland, und seine Bevölkerung so zur Verzweiflung gelangt, daß der Gedanke auftauchte, ein Drittel der gesamten Bevölkerung solle auswandern, ein zweites Drittel sich umbringen, damit für den verbleibenden Rest die Lebensnotwendigkeit verbleibe. Labofa wird seinem Volk zum Retter; er schlägt eine Verschmelzung Garlas mit einem seiner Hauptgegner vor. Man vertritt erst bei Agila (England) die Verschmelzungsverhandlungen, erlangt eine grundsätzliche Zusage, die aber in den Bedingungen wenig angenehm ist, tritt dann an Fria (Frankreich) heran und erzielt durch geschickte Ausnutzung der Gegensätze, die zwischen Fria und Agila sich aufbauen, tatsächlich den Vertragsabschluss. Garla und Fria vereinigen sich, es entsteht ein Bundesstaat mit gemeinsamer Armee, einheitlichem Zollgebiet und Ueberparlament. „Gleich einem Mastrom, der das Meerwasser in seinen Schlund zieht, verliert Labofas Vorschlag die Entwicklung an sich und führt zwangsläufig zum Erfolg.“

Die Vernunft hat gefiegt, weil Latkraft und einheitlicher Wille doch nicht steht. Nun könnte man freilich fragen, ob ein solches Ziel nicht utopisch bleiben muß, solange die Gegenstände der imperialistischen Wirtschaft bestehen; Fria's Imperialismus werden das unterworfene Garla nicht als einen Gleichen aufnehmen, sondern das Land als Kolonie behandeln wollen. Aber trotzdem kann die Vernunft wegschmeißen sein, und wenn unser politischer Wille durch einen utopischen Staatsroman herausgefordert würde, so wäre das gewiß zu begrüßen. Aber vorher müßten wir doch in eigenen Hause die Ordnung schaffen, die wir der Welt jenseits mitgeben wollen. Solange Deutschland das Bild einer in sich habenden Familie bietet, in der der Bruder den Bruder zu Fall bringen möchte, solange wird schmerzlich ein Staatsmann im Ausland unsern Werbungen um Völkervereinigung das Ohr leihen. Ist nicht was jetzt in Deutschland vorliegt geradezu der Beweis politischer Unfähigkeit der Deutschen? Kein Volk könnte so wie unseres aus seiner Geschichte die Mahnung entnehmen, daß innerer Hader ohnmächtig macht und Reich und Volk dem Feind als Spielball ausliefert. Aber die Mahnung wird nicht gehört. Im November 1918 war den Deutschen die herrlichste Gelegenheit geboten, endlich mit den Erzeugnissen dynastischer Willkür, die die hunscheftige Landkarte Deutschlands zeigt, aufzuräumen und das Reich einheitlich aufzubauen. Der Pfleger der sogenannten Stammeseigentümlichkeiten hätte ja ein weitgehendes Selbstverwaltungsrecht der Landschaften Genüge leisten können. Aber wir behielten alte Willkür und erleben nun wie zu den Tagen Ludwigs XIV., daß von innen in den Reichsbau Bresche gebrochen wird, auf daß ja der Feind um so leichter alles überfluten könne.

Unsere Großeltern erwiderten sich einst an Zimmermanns dramatischer Dichtung „Trauerspiel in Etrol“; es handelt von Kampf und Niederlage eines Volkstammes und weicht mit künstlerischen Mitteln die Teilnahme, so daß der einzelne sich mitverbunden fühlt; daran mag sich wahrer Patriotismus stärken. Wir Deutschen stehen lebend in einem umfassenderen Trauerspiel, aber wo bleibt die Läuterung der Gemüter und wo bildet sich der Entschluß zu einheitlichem Handeln? Allgemeine Zerschandenheit ist das Kennzeichen unserer Tage! Die Kraft des Reiches manifestiert sich jähier nur noch in seiner bewaffneten Macht, wenn sie sich gegen Teile des Volkes wendet, aber auch da haben ja die letzten Tage die Dymnastie des Reiches erwiesen. Soweit sind die Dinge gediehen, daß viele schon für heute erwarteten, Bayern werde sich vom Reiche loslagern und werde dabei das bayrische Kontingent der Wehrmacht und an dessen Spitze den Reichswehrgeneral gegen das Reich wenden. Als man am Sonntagvormittag von Reichswehrtrossen hörte, die nach Sachsen gingen, begann ein Raten, ob diese Truppen dem Schutze des Reiches gegen Bayern dienen, oder ob sie „Sowjetadjuten“ in Bayern treiben sollen. Das Rätsel ist nun gelöst, der unten folgende Brief des Generals Müller an den Ministerpräsidenten Reigner macht klar, welche Aufgabe den Reichswehrtrossen gestellt ist. Wir glauben nicht, daß die Waffen viel Mitarbeit leisten werden, denn die Nachrichten bürgerlicher Blätter über angebliche ungeheuerliche Ordnungstörungen in Sachsen sind (wir beziehen uns auf das Zeugnis des Leipziger Korrespondenten der „Völkischen Zeitung“, das wir am Freitag wiedergaben) stark übertrieben; es passiert dort nichts Schlimmeres, als was in hochindustrialisierten Gebieten in dieser Not- und Hungerzeit notwendig passieren muß. Die sächsischen Arbeiter werden auch

Eingreifen der Reichswehr in Sachsen.

Der General an den Ministerpräsidenten.
BIB. Dresden, 20. Oktober. Das Wehrkreiskommando teilt mit:

Nachstehendes Schreiben wurde heute nachmittags 1 1/2 Uhr dem Ministerpräsidenten Reigner überreicht:
Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!
Entsprechend der Darlegung in meinem Briefe 1c 3574/23 vom 18. Oktober teile ich im Hinblick auf die Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten im Landtage die Entscheidung über weitere Maßnahmen dem Herrn Reichswehrcorpschef anheim. Die Reichsregierung hat sich schuldig gemacht. Ich bin beauftragt, im freistaatlichen Sachsen mit dem zur Verfügung stehenden und zur Verhängung der Verfassungsgesetze notwendigen Mitteln die Verfassungsmäßigkeit, geordnete Verhältnisse wieder herzustellen und aufrechtzuerhalten.
Sinn hiervon gebührend Kenntnis zu geben, will ich nicht verfehlen. Die Gründe für das Eingreifen der Reichswehr werden von diesem der Veröffentlichung bekanntgegeben werden.
Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die von der Reichsregierung im Interesse des Gesamtvolkes im nötig erachteten Maßnahmen die volle Zustimmung und tatkräftige Förderung der Regierung des Freistaates Sachsen finden werden. Insbesondere vertritt ich darauf, daß es Ihnen, Herr Ministerpräsident, gelinde ist, bei den kommunistischen Mitgliedern der Regierung offensichtlich vorhandenen Befreiungen, die sich gegen die Grundgesetze der Reichsverfassung zu wenden drohen, in die richtigen Schranken zu halten. Nur so wird die überaus schwierige Aufgabe zu lösen sein, die schwer ererbten Zustände im Freistaat Sachsen verfassungsmäßig wieder herzustellen.
Mit vorzüglicher Hochachtung
Gen. Müller, Generalleutnant.

Aufruf an die sächsische Bevölkerung.

Seit Wochen gestalten sich die wirtschaftlichen und Ernährungsvorgänge im Freistaat Sachsen täglich schwieriger und bedrohlicher als sonst im Reich. Weshalb? Unter Drohungen und Gewaltmaßnahmen erfolgten Eingriffe in die Gütererzeugung und die Bewirtschaftung der Lebensmittel. Die sächsischen Arbeiter in gleicher Weise gegen die Arbeitnehmerschaft und von ihren Arbeitstellen ferngehalten. Von den Arbeitgebern werden Geldsummen erpreßt, die sie nicht mehr bezahlen können. Die Geringe der Lebensmittel wird in gleicher Weise erzwungen. Hierdurch muß sich

Die Volkswirtschaft außerhalb Sachsens haben zum Freistaat Sachsen das Vertrauen verloren. Das zeigt sich in der Abnahme der Anfertigung und Abnahme der Geschäftsbeteiligungen. Der auswärtige Kaufmann und Landwirt sucht sich Lebensmittel zu liefern, der sächsische Kaufmann, sie zu beziehen, aus Furcht, sie könnten durch eigenmächtigen und gewalttätigen Eingreifen in die Verteilung einem ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb entgegen werden.

Ihren Willen zur Behauptung der republikanischen Einheit in einer Weise geltend zu machen wissen, daß kein Sächselnd dabei Verloren gewinnen kann. Aber sind diese ganzen Vorgänge nicht ein Trauerspiel?

Das selbe Trauerspiel bietet freilich die ganze deutsche Politik, und daran trägt der Mangel an Entschlußkraft die Hauptschuld. Hätten die deutschen Volkstämme beiseite einen einheitlichen Willen aufgebracht und die Sachwertbewiser zu Leistungen genötigt, dann war die Rettung des Vaterlandes, dann war all das Traurige, was jetzt über uns kommt, vermeidbar. Werden wir wenigstens nun die Kraft zum Entschluß finden, werden wir lernen, uns auf eine einheitliche Linie einzustellen? Wieder wie in den Jahren nach dem Kriege jagt Deutschland nach einer Hilfe von außen sich um, Steinemann hat Amerika und die europäischen Mächte angereuert. Aber wird eine andere Antwort kommen als jene: Deutschland muß zunächst die Reparationen wieder in Fluß bringen! Deutschland steht jetzt unter einer legalen Diktatur; die Verfassungsbestimmung, die das Eigentum schützt, ist mit anderen Klauseln suspendiert; sollte da das Reich nicht traut diktatorischer Gewalt sich in den Besitz von Vermögenswerten setzen können, die einstweilen die Wiederaufnahme der Reparationsleistungen möglich machen? Und gibt es nicht im Reiche noch Schätze aller Art, die die öffentliche Gewalt erhaschen und zur Abwehr des Hungers verwenden könnte? Und wenn die Grundbesitzer nicht gewillt sind, den Naturertrag, der in den Bergwerken steht, zur Errettung des Volkes vor schlimmerer Not dienlich zu machen, muß dann nicht das Reich zapfen und die Dinge auf andere Weise regeln? In der größten Not kann nichts nützlich sein, als daß das Reich private Beihilfen für verfallen erklärt und daß es den Privatbesitz so verwendet, daß wir über die schlimmste Not hinwegkommen.
Hier muß Latkraft einsetzen! Erst müssen wir zeigen, daß wir eines großen Entschlusses fähig sind, dann wird sich das Blatt wenden!

Dieses wirtschaftliche Chaos ist gewollt.
Von wem? Von denen, die aus Egoismus das schmerzgeprüfte Volk nicht zur Ruhe kommen lassen wollen, die in den durch die Not zur Verzweiflung getriebenen sächsischen Bevölkerung ihre dunklen Pläne zu finden hoffen. Welches sind diese Pläne? Die Befreiung der verfassungsmäßigen Gleichheit aller Volksgenossen vor dem Gesetz und die

gewalttätige Aufrechterhaltung der Reichswehr einer Klasse.
Diese Ziele sind verheißungsvoll mit wahren Worten ausgedrückt worden. Ein kommunistisches Mitglied der sächsischen Regierung hat unter dem Schutz der Anonymität diese Verheißungen nicht nur ausgesprochen, sondern öffentlich sich zu ihnen bekannt und zu ihrer Durchführung aufgefordert. Ein solches Verhalten ist

Schwerverrat gegenüber dem Reiche.
Es erweist im Lande den irrigen Glauben, als hätte die sächsische Regierung hinter den Kulissen. Aber verantwortungsvollen Aufgabe gegenüber dem Volke wohl demütigt, hat sich die Reichsregierung entschlossen, durch Einschub von Truppen Ordnung zu schaffen.

Ich bin mit der Durchführung der erwähnten Maßnahmen beauftragt. Sie richten sich nicht gegen das werksfähige Volk, sie richten sich gegen die, die das Volk durch Drohungen und Gewalt an der freien Betätigung seines Arbeitswillens hindern. Sie richten sich gegen die, die mit Willkür unter dem sügelegenen Vorbehalt, die Erzeugnisse der republikanischen Verfassung zu beschlagnahmen, die Vorkerschhaft einer Klasse erstickend

die Grundlagen der demokratischen Republik zerstören.
Wer sich der Durchführung der für nötig erachteten Maßnahmen mit Waffengewalt entgegenstellt, mer mit Waffen pünktet und so die Grundlagen unserer Ernährung untergräbt, läuft Gefahr, erschossen zu werden.

Ich vertraue auf die Mitwirkung aller verfassungstreuen und besonnenen Kreise der Bevölkerung. Sie in jeder Beziehung zu schützen und die Schwierigkeiten der Ernährung zu beheben mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln, soll meine bühnenhafte Aufgabe sein. Die Truppen bringen eigene Verpflegung mit, werden also hinsichtlich dieser der Bevölkerung in keiner Weise zur Last fallen. Die notwendigen Maßnahmen werden die mit der militärischen Leitung an Ort und Stelle beauftragten Vorgesetzten in meinem Auftrage erteilen und durchzuführen.
Der Wehrkreiskommandeur, Müller, Generalleutnant.

Dieser Aufruf ist von dem gleichen Kaiser wie der Brief mit dem Ultimatum an Reigner. Er wird nicht beruhigen, sondern aufreizen werden. Wahr ist darin, daß die Not unerträglich, wahr auch, daß bestimmte Kreise das Chaos wollen. Wie der obige Brief zeigt, macht der General die Kommunisten verantwortlich. Er fällt auf sie ein Teil Verantwortung, aber ebenso geht es, daß die von kapitalistischer Seite unausgeseht herrschende Lage ihre Kräfte trägt. Halten wir fest, daß nach hirtgenlichem Letzt die öffentliche Ordnung in Sachsen nicht mehr bedroht ist als anderwärts auch!

Hat die Reichsregierung das Konzept des Aufrufs durchgesehen? Dann müßte bemerken das, daß der Geist eines Gouverneurs besorgtes Gebietes in ihr lebt.

Wiederaufnahme der Reparationslieferungen?

SPD. Berlin, 20. Oktober. (Drahtbericht.)
In der Erkenntnis, daß sich die Einstellung der Reparationsleistungen politisch und wirtschaftlich keinen Nutzen bringt, hat der Reichsausschuss für die Wiederaufnahme der Reparationsleistungen unter Berücksichtigung der künftigen Finanzlage des Reiches beschloffen. Der Reichsausschuss schlägt in dem an den Reichsanwalt gerichteten Schreiben vor, die Kohlen- und Holzlieferungen bis zum 1. Oktober 1924 durchzuführen zu wollen, wenn das Reich die von der Reichsanwaltschaft aufzubringende Steuerleistung als Entgelt in Rechnung stellt.
Das Reichsministerium hat sich am Sonntagabend mit diesem Vorschlag beschäftigt und ist im Prinzip mit demselben einverstanden.

Nachmalige Aufbesserung für Beamte und Staatsarbeiter.

SPD. Berlin, 20. Oktober. (Drahtbericht.)
Die Spartenverbände sind, gezwungen durch die inflationäre Preisentwicklung, am Sonntagabend nachmittags erneut im Reichsfinanzministerium vorstellig geworden, um eine Erhöhung der Bezüge, die als Zahlung für Montag und Dienstag vorgesehen war, zu erwirken. Die Gewerkschaften fordern eine Verdoppelung der zur Auszahlung vorgesehenen Summe. Die Regierung erklärte sich bereit, den Beamten die am Montag zur Auszahlung kommenden Bezüge um 50% zu erhöhen. Dieser Betrag soll möglichst am Dienstag gezahlt werden. — Die Arbeiter sollen zu den Bezügen, deren Auszahlung für Dienstag geplant war, nochmals die Summe erhalten, die am Sonntagabend zur Auszahlung gelangt ist. Die Donnerstagzahlung erfolgt in der vereinbarten Höhe.

Gehaltsrückstände. Das Reich führt mit ganz wenigen Ausnahmen die Gehälter des Gesundheitspersonals in der ganzen Welt um durchschnittlich 10%, zum Teil auch mehr. Die Gehälter der Soldaten wurden um 12, die der Vorkämpfer um 15% gestützt.

Die nächste Plenarsitzung des Reichstages findet voraussichtlich am Freitag, 28. Oktober, statt.

Bayerns Losreißung vom Reich.

SPD. Berlin, 20. Oktober. (Drahtbericht.)
Die bayrische Regierung hat das Kabinett wissen lassen, daß ihre Zustimmung zu der erfolgten Überführung des Generals v. Lossow zu einem bewaffneten Aufstand verwehrt werden würde, insbesondere dann führen würde, wenn vom Reiche aus die Durchführung der Absetzung mit bestimmten wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen erstrebt werden sollte. Sowohl am Sonntagvormittag wie am Nachmittag hat das bayrische Kabinett über die Haltung der Reichsregierung beraten. Der erneut vom Kaiser ertriebene Vermittlungskommissionar Dr. v. Raun, der persönlich den Auftrag zu einer Vermittlung hatte und am Freitagabend nach München gereist ist, dürfte am Sonntagvormittag in Berlin wieder eintreffen. Nach Mitteilung von amtlicher bayrischer Seite wird der Generalkommissar v. Raun im Zusammenhang mit der Überführung v. Lossows durchgreifende Maßnahmen jetzt durchführen.

SPD. München, 20. Oktober. (Sonderdepesche.)
Die bayrische Staatsregierung hat heute einen Aufruf erlassen, in dem mitgeteilt wird, daß sie im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe in Bayern und zur Wahrung der bayrischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich den bayrischen Teil der Reichswehr ibereits als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pflicht genommen, den General von Lossow als bayrischen Landeskommandanten eingesetzt und mit der Weiterführung der bayrischen Division beauftragt hat.

Diesem vollendeten Hochverrat ging voraus, was die folgende Berliner Wolff-Meldung berichtet:
Der Reichswehrcorpschef entzog dem Generalleutnant von Lossow den Dienst und leitete die Verabschiedung ein. Mit der vorläufigen Führung der 7. Division des Reichsheeres wurde der nächsthöchste bayrische Offizier, Generalmajor Freiherr v. Kressenhein, beauftragt. Der Reichspräsident forderte die bayrische Regierung auf, ihm Vorgesetzte für die Bekleidung der Stelle des bayrischen Landeskommandanten gemäß Verheißung zu machen. Diese Maßnahmen wurden notwendig, da Lossow sich ausdrücklich geweigert hat, einen ihm gegebenen Befehl auszuführen, und es abgelehnt hat, aus dieser Haltung selbst die Konsequenzen zu ziehen.

Kohbachs Kampfsparole.

SPD. München, 20. Oktober. (Drahtbericht.)
Das Auftreten Kohbachs in München gestaltete sich zu einer internen Feiertage der Volkstreuer. Der große Jubel um den Sozialen Kohbach, der mit Tausenden von Volkstreuen, bayrischen und deutschen Kriegsgenossen geschickt war, machte eine politische Sperrung notwendig. Unter den Gästen befanden sich der zu Hitler übergetretene bayrische Abgeordnete Dr. Roth, ferner sein Freund Köhler und der Vorsitzende der vaterländischen Verbände, Professor Bauer. Da die Republikgesetzgebung in Bayern außer Geltung ist, sah man auch, reich von seinen Tiroler Gefährten, den dem Staatsgerichtshof verfolgten Redakteur des „Völkischen Beobachters“, Dietrich Eckardt. Der Abend nahm einen ziemlich militärischen Verlauf. Kohbach richtete eine kurze Mahnung an seine Leute, bereit zu sein bis zur letzten Konsequenz des Kampfes, zum Sterben zu gehen und zu sterben. Die Zeit schreie nach einem Fortschritt, der heute nur aus Bayern kommen könne. Zum Schluß forderte er das Gedächtnis und erbitterter Träne zu umfassen. Dieser Rede folgte in feiner Ansprache: „Wir sind nicht national. Wir sind Nationalisten und zugleich Sozialisten. Ein freies Volk in einem freien Staat, das ist unser Ziel. Das Verbrechen vom November 1918 muß wieder gesühnt und Deutschland mit Blut und Eisen gereinigt werden. Dieser Tag ist nicht mehr fern. Dann wird die deutsche Kampfbund zur deutschen Armee werden und die Vaterlandbewegung aus der Parteigeschichte des deutschen Volkes eintreten in die Weltgeschichte Europas.“ Mit einem Vorbeimarsch an Hitler vor dem Löwenbräu schloß die Feiertage.

Angehobene Teilungsverbote. Wolffa Bureau meldet: Dem „Völkischen Beobachter“ und der „Morgenpost“ ist auf Grund gewisser Zusicherungen ihrer Hauptredakteure dem Reichswehrminister gegenüber das Wiederausdrucken gestattet worden.

Neue Hungerkrawalle. Am Sonntagvormittag plünderte ein Trupp Arbeiter in Tempelhof bei Berlin den Protowagen einer Straßenbahnlinie. In der Blumenstraße wurden von einer dreihundertköpfigen Menge 8 Zentner Kartoffeln und die Kaffe mit 17 Millionen Mark Anfall entwendet. Die Menge war darüber erregt, daß die Frau während des Verkaufes den Preis für ein Funt Kartoffeln um 10 Millionen Mark erhöhte. — In Charlottenburg wurden die Unterführungsarbeiten für Erwerbslose verweigert; es wurde auch sofort mit den Auszahlungen begonnen. Die Erwerbslosen zeigten sich aber wiederum nicht einverstanden und wollten erneut vorstellig werden. — In Magdeburg ergaben sich 20000 Menschen gegen die vorläufige Detachierung des Reichswehrcorps von 1200 Millionen auf den alten Gehalt von 715 Millionen Mark. Auf dem Hauptbahnhof wurden verschiedene Verkaufsstände umgeworfen, wobei sich die Demonstranten Reich ohne Begleitung aneigneten. Die Schandfahnen der Markt und die umliegenden Straßen. Die Händler räumten hastig ihre Stände.

Für unsere Frauen

Hier Milliardär, der Reichen bill Geld —
in doch als Reicher loopt wir dar de Welt.
Nils in de Knochen,
in nits dem Blei,
so loopt wir all Jahren,
wenn od un waren stief.
In im Gedanken
de loopt in de Welt:
Geeb dat denn würdlich
mol beeterer Tid?
Kann't um jo mehr feren,
weel tum noch, wät wär,
mennyigal awers
denn dröm it tum eht.
De Not, de kummt tis
na di un na mi —
Wi sind Milliardär
un hungert darbi.
G. Lindhorst.

Die Frau im Auslande.

Jubiläumstag des Deutschen Fräuleinverbandes.
Trotz aller Verleumdungen und sonstigen Gemeinheiten hat in Frankfurt a. M. die 21. Hauptversammlung des Deutschen Fräuleinverbandes unter großer Beteiligung der interessierten Kreise stattgefunden. Nicht nur aus Frankfurt a. M. und anderen Städten der Umgebung, aus Darmstadt, Mainz, Kreuznach, sondern auch aus Nord-, Süd- und Mitteldeutschland, sowie

aus Ostpreußen, Finnland, Schweden und Dänemark waren Mitglieder und Gäste gekommen, um das 50-jährige Bestehen des Verbandes zu feiern und die Hauptgeschäftsstelle für die künftige Arbeit zu beraten.

Leitgedanke der Tagung war: Die Frau als Erzieherin im Sinne Froebels, Professor Spranger sprach über die neuen Strömungen in der Frauen- und Jugendbewegung. Leber die Kultur aufgaben der Frau in der Familie sprach Frau Dr. Mayer-Kulenkampff-Salle, die Wege suchte, eine geistige Erneuerung, Verinnerlichung und Selbstbestimmung mit Hilfe der Mütter herbeizuführen. Leber „Aufgaben der Frau in der Schule und der Berufsbildung“ referierten Dr. Innozenz Frölich-Dresden, Sade v. Gierke, Oberhofrat Dr. Anna Siefert, Berlin und Luise Besser-Charlottenburg. Daran schloß sich ein höchst anregender Bericht über den pädagogischen Arbeit des Wiener Settlements von Sella Löhr und ein Vortrag von Dr. W. Bolliger-Frankfurt a. Main über „Die Bedeutung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes für das Kinderdasein und die Fortwehen.“ In der Aussprache wurde dem Bundesausschuss gegeben, daß die Erziehung unserer Jugend, insbesondere die Schulung der jungen weiblichen Generation für ihre künftigen Mutterpflichten mehr Beachtung und Förderung sowie Unterstützung aus Volksgemeinschaften und Spenden finden möge.

Den Abschluß der Tagung bildete ein Vortrag von Gertrud Bäumer über den „Einkauf der Frau in der Öffentlichkeit“. Wenn die Frauenbewegung in der politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Frau ihr äußerstes Ziel heute erreicht habe, so bleibt ihr „Sinn“ noch zu erfüllen: Die Durchdringung unserer Kultur mit der den Frauen eigentümlichen Lebenskraft. So künftige Gertrud Bäumer an die von Prof. Spranger aufgestellten Fragen an und sah die den Inhalt der Tagung zusammen in dem Wunsch:

Wäge es der Frau gelingen, allmählich an Stelle des zurzeit herrschenden, von Machtmisslingen geleiteten, politischen und ökonomischen Menschens den sozialen Menschens, an Stelle des gegenwärtigen Vernichtungskampfes der Parteien gemeinsames Wirken zum Wohle unseres Volkes treten zu lassen.

In England haben die Frauen während des Weltkrieges mit Erfolg Polizeidienste verrichtet. Aus Sparsamkeitsgründen sollten dann die Frauenposten wieder abgebaut werden. Dem haben sich aber die Frauenorganisationen widersetzt und die weibliche Polizei ist denn auch nur teilweise, nicht vollständig, wie vorgesehen, abgebaut worden. Leber die Aufgabe und den Nutzen der Frauenpolizei wird aus England berichtet und werden nachstehende Forderungen gestellt. Gegen und für die Verwendung von Frauen zu Straßenposten ist viel geredet und geschrieben worden, aber viel wichtiger ist die Anstellung von Frauen als langjährige, bewährte Polizisten bei Ausübung aller Pflichten gegenüber den Geschlechtsangehörigen, damit diese während der ganzen Dauer ihrer Lauf nicht mit männlichen Polizisten in Berührung kommen. Die Verwendung von Frauen in der Polizei hat einen Sinn, wenn folgende Obliegenheiten ihnen zukommen: 1. Die Obhut und Aufsicht über die Frauen während der Dauer ihrer polizeilichen Post (Verfassung, Wartung, Durchsicherung). 2. Abnahme der Zeugenaussagen von Frauen und Kindern. 3. Reisen mit weiblichen und jugendlichen Angehörigen, Geleitführung ins Gefängnis, Rettungsanstalten und andere Drie der Post. 4. Heile Untersuchungen in Fällen wie Geheimhaltung von Geburten, Frucht- abtreibung und Todesfall oder Selbstmord in deren Folge. 5. Patronisieren in Anlagen, Gärten, auf öffentlichen Plätzen, vor Schulhäusern, Kasernen, in Docks usw. zum Schutz der Kinder, Frauen und Mädchen. 6. Verteilung von Selbstmordverurteilten während des Aufenthalts im Spital. Zu allem Obigen kommen weitere Obliegenheiten, die für weibliche und männliche Polizisten gleich sind, wie zum Beispiel Abfragen unbestimmter Käufer. Amerika hat ebenfalls bereits eine große Zahl Polizistinnen und Polizistinnen bestimmt ein Gesetz, daß jede wichtige polizeiliche Beamte haben muß. Sie beziehen das gleiche Gehalt wie ihre männlichen Kollegen, lehnen es aber ab, Uniformen zu tragen, weil sie der Heberzeugung sind, daß sie so unauffälliger, aber erfolgreicher auf der Straße usw. eingreifen können.

Der französische Gouverneur der ehemaligen deutschen Kolonie Kamerun hat für die Gleichstellung unter den Eingeborenen eine gesetzliche Verordnung erlassen, die bestimmt ist, die Frauen gegen die bisherige Willkür zu schützen. Vor allem sind die Frühheirat vollständig verboten. Das Mädchen darf nicht vor dem 15. und der Mann nicht vor dem 18. Jahre die Ehe eingehen. Die Dauer der Verlobungszeit wird gleichzeitig auf höchstens 6 Monate beschränkt. Für die Gültigkeit der Ehe ist die Zustimmung des Mädchens unbedingt vorbedingung. Die Frage der Wittig wird zwischen dem Veräußerten und der Familie der Frau vor der Ehe geordnet; ihr Höchstbetrag darf die Summe von 500 Francs nicht übersteigen. Diese Wittig muß dem Oberhaupt der Familie der Frau in barem Geld oder in Waren bezahlt werden, in Gegenwart von Zeugen, von denen jede Partei zwei sein. Den Jungen fällt auch das Recht zu, die geschlossene Ehe durch ein Protokoll zu bestätigen, das von dem Bezirksrichter beglaubigt wird. Auch die Ehecheidung wird dahin geregelt, daß sie der Mann nicht aus geringfügigen Gründen fordern kann. Man hofft durch die Gleichstellung einer Grenze für die Verabschiedung jenseits das Individuum wie die Kaffe vor Entwertung zu schützen. Durch Befreiung der Hochzeitsgebühren auf den achten Teil des Betrags der Wittig will man vor allem dem Lebel fernhalten, daß der zukünftige Ehemann von der Familie der Frau ausgebeutet wird. Ebenso soll die Befreiung der Wittig jungen Leuten mit bescheidenen Mitteln die Ehe ermöglichen, und dadurch der Vielweiberei steuer und die Stabilität der Familie befähigen.

Zusammenkünfte der Genossinnen.

Neustadt. Genossinnenabend am Dienstag, 23. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Gr. Heilerstr. 44, St.
St. Georg-Stdt. Nächster Genossinnenabend Dienstag, 23. Oktober, 7 1/2 Uhr, bei Walters, Seidenstr. 31.
St. Pauli-Stdt. Montag, 22. Oktober, 7 1/2 Uhr, bei Nichte, Balustrade 18.
Genossin Wagner spricht über: Männerfront — Frauenfront.
Eimsbüttel. Mittwoch, 24. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Saal der Reichlichen Arbeitervereine. Jahresbericht und Neuwahl der Frauen-Direktionsleitung.
Eilbek. Dienstag, 23. Oktober, bei der Genossin Höper, Wandbekerstraße 81, 4. St., 8 Uhr, Frauenabend.

Oesterreich wählt.

Am heutigen Sonntag werden in Oesterreich die Wahlen zum Nationalrat vollzogen, in Wien außerdem die Gemeinderatswahlen.

Der Frieden von Trianon hat Oesterreich zu einem unmöglichen Staat gemacht. Von einem großen Reich blieb ein Karolium mit einer Millionenbevölkerung und dem Ziel zu großen Verarmungsprozessen.

Als herrschende Partei des Nationalrats treten die Christlichsozialen auch im Wahlkampf voran. Sie genießen den Kapitalismus die energiegeladene Unterstützung, die früher als Industriepresse verschrien bürokratischen Zeitungen traten eifrig für die Christlichsozialen ein.

Die neue Wahlordnung enthält verschiedene Klauseln, die die Wahlverfahren das System der Mehrheitsmandate ausgebaut worden.

Die Wahlordnung enthält verschiedene Klauseln, die die Wahlverfahren das System der Mehrheitsmandate ausgebaut worden.

Revolution in Griechenland.

Das gewalttätige Treiben Kerkiras, das jetzt wie ein blutiger Tiger sich auf die Anklänge König Konstantins stürzte und dessen Minister abschlachten ließ, hat eine Revolution ausgelöst, die schließlich zum Sturz der Königsfamilie führt.

Inzwischen wurden Pressezensur und Belagerungszustand aufgehoben und die Wähler begannen eine sehr lebhaftes Wahlkampf. Die antivenetianischen Kräfte haben die Photographien der erschossenen Minister veröffentlicht und bringen Einzelheiten über den Prozeß und über die Hinrichtung der Minister.

Die Ferienkolonie Köhlbrand.

Auch in dem vergangenen Sommer 1923, der sich durch besonders unruhige Verhältnisse auszeichnete, haben sich einige gemeinnützige Ferienkolonien, wie die Kolonie der Schulvereine der Hamburger Mission für soziale Pflichten der WSPD, und andere, nicht nehmen lassen, wiederum den Kindern der Stadt einen gesunden Ferienaufenthalt möglich zu machen und damit den jetzt so viel beschäftigten Eltern wenigstens eine Sorge abzunehmen.

Nach dem Wachenmann am Köhlbrand fährt man in etwa 10 Minuten mit der Fähre hinüber. Allmorgens zwischen 9 und 10 1/2 Uhr kommen auf 3 Dampfern mehrere Scharen aus allen Teilen der Stadt an. Sie pilgern sich auf fünf Stellen an der Uferlinie — in Vornum, am Weinstock, am Deich, am Weinstock und auf der Strandhöhe — und geschlossen zur Fähre zu marschieren.

Kampffondsmarken

müssen bis Montag, 22. Oktober, abgerechnet werden. Nach diesem Termin können Marken nicht zurückgenommen, sie müssen vielmehr als verkauft bezahlt werden.

Hamburger Staatsangelegenheiten.

Fraktionsvorsitzende: Montag, 22. Okt., morgen 9 Uhr, im „Echo“-Konferenzsaal. Fraktionsführung: Montag, 22. Oktober, abends 6 Uhr, im Rathaus.

Nächstes Gesetz über die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe.

Der Senat legt der Bürgerkammer den Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe vor, wonach in der Stadt Hamburg ab 1. November 1923 bis auf weiteres ein Betrag in Höhe des 1000fachen der Friedensmieten (als Landes- und Gemeindeabgabe), für Gebäude und Gebäudeanteile im übrigen Staatsgebiet ab 1. November 1923 ein Betrag in Höhe des 450fachen der Friedensmieten (als Landesabgabe) erhoben werden soll.

Der von dem Fraktionspräsidenten an den Vermieter zu erstellende Teil der Abgabe beträgt demnach auf je 100 M der Friedensmieten im Stadtgebiet ab 1. November 1923 bis auf weiteres 100 Millionen Mark, im Landgebiet 45 000 M.

Eine ungeheure Steigerung haben außerdem die Erhebungsstellen der Wohnungsbauabgabe erfahren. Sie betragen für das ganze Jahr 1923 rund 12 000 000 M, in den Monaten April bis September 1923 dagegen 140 000 Millionen Mark und für die Monate Oktober 1923 bis März 1924 sind sie auf 18 Billionen gestiegen.

Der Verkauf von Staatsgrundstücken. In neun Fällen hat die Finanzdeputation wiederum Verträge mit Bräutern über den Verkauf von Staatsgrundstücken zur Herstellung von Einzelwohnhäusern ohne Anspruchnahme von Staatszuschüssen abgeschlossen, um deren Genehmigung die Bürgerkammer erstattet wird.

Immer wieder Radbilligungen. Der Senat beantragt für die Sicherstellung der Wasserversorgung 10 500 Goldmark, für Verbesserung der Wasserversorgung in Eppendorf 4200 Goldmark, für den Ausgleichsbedarf (Wahlkreis und Dänische) zur Instandhaltung von Wohnungen 7 Millionen, für den Bau des Wasserwerks am Dänischen Platz 105 Millionen, für das Wasserwerk am Flinthof 5 Millionen und für diverse „Kleinigkeiten“ rund 5 Millionen.

Änderung von Steuergesetzen. Ein mit längerer Begründung versehenen Senatsantrag macht sich verschiedene Wünsche der Bürgerkammer hinsichtlich der Änderung des Gewerbesteuergesetzes geltend und schlägt u. a. eine Verringerung der Steuer in Höhe des 800fachen Betrages der Gewerbesteuer für 1922 vor. Dabei wird auch die Frage erörtert, ob in Hamburg die allgemeine Lohnsummensteuer eingeführt werden soll.

Auf der Tagesordnung der Bürgerkammer am Mittwoch, 24. Oktober, steht u. a. eine Anfrage wegen Vereinfachung der Steuererhebung, Wachsenminderung für den Einwohnungsbesitz und Erhöhung der Wohnungsbauabgabe; verschiedene Radbilligungen; Erhöhung der Grundsteuer, Minderung der Gewerbesteuer; Antrag von Siegfried und Genossen, betreffend Verbilligung des Gaspreises und die schon bekannten kommunikativen Anträge. — Gegenstandslos geworden ist der letzte dieser Anträge, der die Aufhebung des Todesurteils gegen den Arbeiter Cordes verlangt. Das Urteil ist aufgehoben.

65 000 M, die mit vieler Mühe im Laufe der Woche eingetrieben wurden. Locken mußten an den beiden letzten Tagen die Wägen abgeholt werden und die Kinder abends zu Fuß nach Hause laufen, für die doch schon damals sehr kleine Summe von 170 000 M hatten die Kinder fünf Wochen einen schönen Ferienaufenthalt mit zwei Wochen. Dennoch ist es mancher Mutter schwer geworden, für ihre drei Kinder möglichst eine größere Summe zu beschaffen. Da ist denn manche Befreiung von der Nachzahlung vorgenommen worden; einige bezahlten auch in Raten. Am ganzen Tag und nachts und Eltern zufrieden gewesen. Am Tage, als geschlossen wurde — es hatte den ganzen Tag geregnet — ging man ziemlich betrübt auseinander mit der Hoffnung auf ein Wiedersehen im nächsten Sommer.

Es sind natürlich unerschöpfliche Dinge nicht ausgeblieben, und auch diese hätten nicht verschwiegen werden. Die finanziellen Schwierigkeiten wurden schon erwähnt — man ist trotz allem ohne Geld ausgekommen, und das ist die Hauptsache. Die Klagen über das Essen sind unerschöpflich und gehen über nicht nur den Kindern aus. Natürlich ist nicht jedes Kind gleich glücklich. Die Kinder haben über die Ferien; aber man muß auch hier Verständnis und Geduld walten lassen. Es waren zum Teil noch sehr junge Wägen, die zuweilen ganz beinahe schliefen und die Kinder allein lassen, dann auch wieder ganz in den Kinderjahren ausgehen. Auch kommen sie sich nicht immer recht mit den Frauen vertragen. Borens antwortet den Eltern ziemlich viele Male, und die sich mit ihren Schwägerinnen unterhalten, was sehr gut ist. Der männliche Teil der Ferienkolonie wird schon sehr gut von den Frauen bewacht; mit einem Entgegenkommen auf allen Seiten ist immer wieder Zufriedenheit und Eintracht herzustellen — zum Wohle der Kinder, für die doch alle Mühe aufgebracht werden muß, und für das auch kein Opfer zu groß ist.

„Politik verdirbt den Charakter.“

A. Der gegen die Ausführungen W's keinen sachlichen Grund mehr ins Feld führen können. Da steht man wieder einmal, daß — hä, hä, hä — Politik den Charakter verdirbt!

Der Regierungsdirektor auf der Anklagebank.

Nachdem schon am Donnerstag 4 Stunden verhandelt worden war, waren am Sonnabend noch fast 8 Stunden notwendig, um alle Beweisanträge, Fragen und Zwischenfälle zu erledigen. Was bisher nur wenige Beteiligten wußten, jetzt ist es wohl allen offenkundig geworden: hier ist ein Mann am Werke, dem man prinzipielle Kenntnis seines spezialisierten Fachgebietes nicht absprechen kann, aber in einer über Verhöre ist und in dieser Verhörbarkeit zuletzt auch nicht unter dem Einfluß seiner Umgebung, die wie Gift auf ihn wirkt, vom Querulantismus neigt.

Das Ergebnis der weiteren Beweisaufnahme, die Vernehmung der im Wasserleitungsprojekt amtierenden Richter, ist demnach geradezu fälschlich für den Angeklagten. Prof. Dr. Richter hat nun festgestellt, daß er weder mit dem Staatsanwalt noch sonst vorher über die Sache gesprochen habe, und daß man im Verhandlungssaal lauge, wie in einem Praktikum, verhandelt habe. Erweitert sagt der damalige Vorsitzende der Strafammer II, Landrichter Dr. Riesel (von dem Darmstadt her), daß er mit Dr. Long unter einer Decke gesteckt habe, weil sie Duodezre seien, unter seinem Eid aus, daß er weder vorher noch nachher irgendeine Vereinbarung getroffen oder eine Beeinflussung versucht ist, und daß gerade Prof. Niepmann zunächst für eine Verurteilung plädiert habe, was sich der Zeuge besonders eingepreßt hat, weil Dr. Niepmann wohlvertraut war. Insbesondere ist die Aussage der Landrichters Dr. Riesel (der übrigens als einziger den Eid ohne religiöse Formel leistet), daß er für eine Verurteilung gestimmt habe. So ergibt sich, daß gerade die von Darmstadt abgeleiteten „jüdischen“ Richter für Verurteilung eintraten, während die übrigen für Freisprechung stimmten. Damit sind dem Herrn Regierungsdirektor alle Felle weggeschossen und er hat beiseitigerweise an diesen Zeugen keine Frage mehr zu richten. Schließlich berichtet Rechtsanwalt Jacobson als Zeuge ausführlich über die Schöffengerichtsverhandlung gegen Rudolph. Ob die über der Anklage behaupteten Äußerungen gefallen sind, kann er sich aber nicht erinnern.

Als es dann zum Schluss gehen soll, bedauert Darmstadt zunächst, daß der Zeuge Simon nicht da sei und stellt immer noch neue Beweisanträge, so daß ein Richter die Frage stellt, warum es sich nicht eigentlich so handle. So sehr bringt der Angeklagte alles durcheinander. Als es dann gar in die Hände nimmt, erhebt sich schließlich der Staatsanwalt und betont, daß er in eine ganz sichere Lage komme, wenn in dieser Weise weiter verhandelt würde. Das führt wieder zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden und dem Angeklagten, bis schließlich Dr. Riesel erwidert: „Also konzedieren wir noch 'ne halbe Seite' Darmstadt verliert dann noch einige Bürgerrechtsreden und sonst noch was und dann ist es schließlich endlich aus. Während der ganzen Verhandlung gab es zahlreiche Zusammenstöße zwischen dem Vorsitzenden und dem Regierungsdirektor, weil Herr Darmstadt immer wieder zeigt, daß seine Umgangsformen schon in der Kinderzeit verkommen sind. Als Darmstadt einmal wieder recht ausführlich wird, protestiert der Staatsanwalt und der Vorsitzende gibt ihm recht und führt aus, daß die Rede der Verteidigung nicht nur ungeschicklich, sondern auch unangehörig sei. Als Herrmann auch dann noch dazwischen redet, sagt Dr. Riesel: „Ich habe schon in meiner Kinderzeit gelernt, daß man sich in anständiger Gesellschaft nicht ins Wort fällt. Ich bin doch nicht Ihr Schulpaten! Darmstadt entschuldigt sich mit seiner Erregung, weil alles gegen ihn eingestellt ist. Dr. Riesel: „Ja, Sie haben eben das Angenehme, daß alle Gerichte Ihnen Unrecht tun.“ Darauf Darmstadt: „O nein, mit Ausnahme der Strafammer II in Sachen Rudolph!“ (Was ist schließlich nicht bezeichnend für Darmstadt, sondern für die Steinle-Kammer ist.) Als der Vorsitzende bei anderer Gelegenheit darauf hinweist, daß diese Strafammer doch keine Oberrechtskammer für frühere Urteile ist und später ausfällt, daß von der Reichsgerichtsentscheidung abweichende Urteile nichts Seltenes seien, läuft Darmstadt vom Richterlich weg und dreht den Richtern den Rücken zu, so daß der Gerichtsvollzieher schließlich ihm sagen muß, daß er sich nicht weiter äußern darf. Das führt zu dem einseitigen „Anstandsformen“. An diesen Vorhängen mag man auch erkennen, welche Ausdrücke sich Darmstadt gegenüber dem Geschlossenen bediente. „Glauben Sie doch“, so rief er in seinem Schlusswort, „diesen Herren nicht. An der Vorriegezeit wurden solche Leute gar nicht beachtet. Glauben Sie doch, sozialistischen Reporter nicht, denn wie ist Rudolph heringefallen.“ Das allein schon kennzeichnet die Geistesverfassung des heulenden Regierungsdirektors.

Es wird wohl kaum jemand geben, der an dieser Gerichtsverhandlung teilgenommen hat, der den Darmstadt-jungen Rechtsanwalt Dr. Riesel für ein Ahrnenkind hält. Ihnen haben nur Bedeutung durch die Eins, die davon steht, Dr. Riesel nur durch Jacobson. So war er nur Zeuge, das überdies nur schlecht gemacht werden konnte. Jacobson mußte, als Dr. Riesel sich wiederholt wiederholte, „auflären“, welchen Standpunkt sein Sozial in dem Prozeß eigentlich einnahm. Als der Zeuge nun gar dem Sinne nach aufhört, er habe noch vorbereiten den Eindruck gehabt, daß die Richter sich über Freisprechung einig seien, richtet ein Zeuge sehr stark auf ihn die Frage, ob Dr. Riesel als Jurist so etwas überhaupt für möglich halte. Das Richtige trat wohl Landrichter Dr. Riesel, als er dazwischen warf, daß der Zeuge vielleicht eine Schärpe angenommen hätte, weil er aufgebracht wurde, ein Abgehen (das des Nationalverbandes deutscher Offiziere, D. V.) abzunehmen.

Die Plaidoyers brachten nicht viel Neues. Der Staatsanwalt Dr. Schmarz bedauerte, daß durch die Art des Angeklagten die Sache so kompliziert wurde. Er ging dann, wie er jagte, auf die so einfach liegende Sache in juristischen Ausführungen ein und wurde energisch und nachdrücklich die gegen den Regierungsdirektor erhobenen Vorwürfe zurückerinnert. Die Absicht der Verurteilung sieht sich und unter Verurteilung über Umstände hatte er eine Geldstrafe von 25 Millionen Mark für angemessen.

Rechtsanwalt Jacobson rollt in einhalbstündigen Darlegungen die ganz Geschichte noch einmal von seinem Standpunkt aus auf, singt ein Loblied auf Darmstadt, einen der ältesten und verdienstlichsten Beamten Hamburgs; den er als die verlorene Insoult darstellt. Alles, was gegen Darmstadt spreche, sei geschoben

A: Nein, ohne jede Einschränkung, hä, hä, hä!
B: Doch der Charakter verschiedener Politiker minderwertig ist, will ich gerne anerkennen. Aber das gilt doch nicht von allen Politikern!
A: Doch; Politik verdirbt stets den Charakter!
B: Das Vorgesagte mit Politik stellt allerdings starke Anforderungen an den Charakter eines Menschen.
A: Und diesen Anforderungen genügt niemand, der sich mit Politik befaßt! Hä, hä, hä!
B: Da habe ich aber das Gegenteil erfahren. Im politischen Leben ist die Verführung, sich der Phrase zu bedienen, ziemlich groß.
A: Alle Politiker unterliegen dieser Verführung! Hä, hä, hä!
B: Das stimmt nicht! Wer der Sache auf den Grund geht und mit Tatkraft arbeitet und nicht mit Schlagworten, der behält zuletzt die Oberhand.
A: Die Herren Politiker wollen Augenblindersehen sehen. Was später einmal wird, ist ihnen gleich. An ihrem maßlosen Ehrgeiz ist ihnen jedes Mittel recht, durch das sie möglichst schnell zum Ziele kommen können.
B: So denken nicht alle Politiker!
A: Doch, alle! Politik verdirbt nun einmal den Charakter! Hä, hä, hä!
B: Nein, sie fesselt ihn! Man verdirbt eben das unlauteere Mittel und gelangt erst später zum Ziele!
A: So denkt kein Politiker! — Und weiter! Wo hat der Politiker das Ehrgefühl? Was wird ihm in Versammlungen, in der Presse und — wer weiß, wo sonst noch — alles an den Kopf geworfen? Sein Charakter ist so verborsten — hä, hä, hä! —, das ihn jede Verführung leicht faßt, die ein Ehrenmann von Charakter schwer fränken würde!
B: Richtig, er hat sich dazu aufgeschwungen, diese Anrempfungen zu ertragen!
A: Und wie macht's die Politik noch? In den Parlamenten lassen sie keinen guten Charakter aneinander. Hinterher aber — sitzen die Gegner einträchtig beisammen! Hä, hä, hä!
B: Sie können eben zwischen Person und Sache nicht unterscheiden. An der Sache kann jemand mein erbitterter Gegner sein. Als Mensch aber kann ich ihn sehr wohl achten. Das ist Charaktergröße!
A: Wären Sie sich doch nicht lächerlich! Hä, hä, hä! Das ist Wohlappetit! Politik verdirbt eben —
B: Sie scheinen unbeschwerlich zu sein. Um die Sache Intz zu machen, will ich noch eine Frage an Sie stellen.

und gemacht. Im Unterbewußtsein (N) setzen die Richter durch die tendenziöse Aufmachung der Anklage einwirken. Er hält es bei diesen Verurteilungen für gar nicht erwiesen, daß die Angeklagten überhaupt gefällig sind. Der 193 ist es unabweisbar, weil die Absicht der Verurteilung nicht vorliegt und deshalb ist Darmstadt freizusprechen. Nach einem bewegten und beweglichen Schlusswort des Angeklagten zieht sich das Gericht zur Beratung zurück und verhandelt nach etwa einer Stunde die Verurteilung Hartmanns zu 5 Milliarden Mark Geldstrafe.

Zur Begründung führt der Vorsitzende Dr. Riesel aus, daß, was die Tat anbelangt, es sich darum handelt, daß der Generalstaatsanwalt sich bereit erklärt hat, daß er fortgesetzt werden müsse. Er habe die Revision zurückgenommen, um der Mehrheitspolitik zu dienen. In diesem Falle siehe dem Angeklagten die 193 zur Seite. In dieser Verhandlung konnte kein Schimmer von einem Vorwurf gegen den Generalstaatsanwalt erhoben werden. Es bleibt übrig, zu prüfen, was festgestellt werden konnte. Nach der Aussage von Rudolph hat Darmstadt den Ausdruck „fortgesetzt“ gebraucht. Ruemeier hat ausgeführt, daß Darmstadt bestimmt den Ausdruck nicht gebraucht, obwohl er das Gegenteil ausgelegt habe, er habe gar nicht gesagt. Er habe den Zeugnis kommt nicht in Betracht, da er schwer erträglich ist. Wenn man die Persönlichkeit Hartmanns in Erwägung zieht, daß er in der Erregung mit Worten herumtrifft, die nicht parlamentarisch sind, so liegt es sehr nahe, daß Hartmann das Wort gebraucht hat. Im allgemeinen ziehen Gerichte das Wort „fortgesetzt“ der Angeklagten bei der Beurteilung in Erwägung. Einem Manne von der Kulturhöhe des Dr. Hartmann kann das nicht zugute gehalten werden. Das Gericht erachtet als feststehend, daß Hartmann seiner feiner Heberzeugung Ausdruck verliehen habe, aber es sei ein feiner Richter. Ein jeder Richter muß bestraft werden. Eine formale Verurteilung steht fest. Mit Rücksicht auf die Vermögenslage des Beklagten erkennt das Gericht auf eine Geldstrafe von 5 Milliarden oder 5 Tage Haft und auf die Kosten des Verfahrens. Außerdem steht dem Generalstaatsanwalt die Vergütung zu, des Urteil auf Kosten des Angeklagten in den „Hamburger Nachrichten“ oder „Hamburger Echo“ oder „Hamburger Fremdenblatt“ oder „Hamburgischer Correspondent“ innerhalb 4 Wochen zu veröffentlichen.

Tages-Bericht. Hamburg.

Lohnbildung und Brotpreise.

Von gesellschaftlicher Seite wird ausgeschrieben: Es ist eine bekannte Tatsache, daß mit zunehmender Teuerung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmerschaft sich von Tag zu Tag verschlechtern. Mit Aufhebung der Brotkartensystem ist jedoch die Not der gesamten lohnsummierenden Bevölkerung, soweit sie sich aus Lohn- und Gehaltsempfängern zusammensetzt — von den Sozial- und Kleinrentnern ganz zu schweigen — ins Ungeheure gestiegen. Die Beschäftigten der freien Wirtschaft, die glauben, daß sich die Verhältnisse nach Angebot und Nachfrage automatisch und zu aller Freude Zufriedenheit regeln würden, sollten sich endlich zu einer besseren Einsicht kommen. Man bezugnehmende sich nur einmal folgendes Beispiel, das recht deutlich zeigt, wie sehr die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger mit dem Aufheben der Brotkarte zurückgegangen ist. Am 6. Oktober stand der Lohn im Durchschnitt auf 46 Millionen Mark die Stunde. Ein Arbeiter konnte damals 218 Millionen Mark. Wägen konnte der Lohnempfänger von einem Stundenlohn 2 1900 Gramm Brot beziehen. Welches Brot erhalt sich aber jetzt unter der Herr der freien Brotwirtschaft? Der Durchschnittslohn beläuft sich heute auf rund 800 Millionen Mark die Stunde. Ein Brot im Gewicht von 1800 Gramm kostet aber bereits 1600 Millionen Mark. Der Lohn- und Gehaltsempfänger mußte also heute rund 3,9 Milliarden Mark die Stunde verdienen, um sich das gleiche Quantum Brot kaufen zu können, das er während der Brotkartensystem erhielt.

Es ist nicht geradezu ein Trauerspiel, daß sich die Arbeitnehmerschaft, die ihre volle Arbeitkraft heute ebenso sehr hergeben muß, wie sonst, angesichts der jetzigen Teuerung mit einem derartig minimalen Lohn abgeben lassen muß? Warum gewährt man der Arbeitnehmerschaft nicht einmal eine Anpassung ihrer Löhne an die amlich festgesetzte Teuerung? Die Erfüllung dieser von allen Lohn- und Gehaltsempfängern erhobenen Forderung muß eine glatte Selbstverständlichkeit sein, solange familiäre Preise sich automatisch nach der Geldwährung steigern. Leider muß man überall, selbst bei den amtlichen Stellen, die Erfahrung machen, daß sich niemand bereit findet, den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerschaft entgegen zu treten. Die Zuschläge, die durch Entlohnungen der Beschäftigten gewährt werden, halten sich nicht annähernd mit der Preissteigerung Schritt. Wenn den Lohn- und Gehaltsempfängern dabei die Schuld ausgeht, dann ist es durchaus zu begreifen. Man sollte sich aber hüten, bei etwaigen Vergewaltigungsversuchen irgendeine politische Partei oder die Gewerkschaften dafür verantwortlich zu machen. In Arbeitgebetrieben ist man ja immer leicht geneigt, Partei und Gewerkschaften als Sündenböcke hinzustellen. Wenn sich Unternehmenskreise und Stellenstellen bei den sich überall geltend machenden Goldmarktpreisen aus fernherin weigern, den Lohn- und Gehaltsempfängern der Teuerung angemessene Löhne zu bewilligen oder ihnen irgend eine Form der Werbeständigkeit der Löhne zu gewährleisten, dann besteht die nicht zu unterschätzende Gefahr wider Vergewaltigungsversuche, die in dieser ersten Zeit zum Verhängnis für unser gesamtes Wirtschaftsleben werden müssen.

Ein Beispiel möge noch zeigen, wie sehr der heutige Lohn gegenüber dem Brotlohn zurückgegangen ist. Für einen Wochenlohn konnte man in der Brotkartensystem 85 bis 90 Brote kaufen, heute wird man, wenn es hoch kommt, für einen Wochenlohn kaum

A: Bitte schön, fragen Sie, soviel Sie wollen!
B: Sie wissen doch, daß ich im politischen Leben stehe. Haben Sie Ihre Meinung etwas auf mich gemünzt?
A: Ich habe Sie gefragt — hä, hä, hä! — daß Politik — hä, hä, hä! — den Charakter verdirbt!
B: Das ist nun einmal Ihre Meinung. Das Recht, eine Meinung zu haben, befreit sie Ihnen nicht. Ihrer Ihre Meinung ist falsch. Wenn nämlich Politik wirklich den Charakter verdirbt, dann — müßten Sie sich jetzt eingeben — mit Politik befaßt haben!

Kunst, Wissenschaft und Leben.

weiterer Vortragsabend des Chorvereins „Freie“ von 1887 zu Gillede. Ein reiches Programm konnte der Chorverein „Freie“ am Freitagabend seinen zahlreichen Gästen vorsetzen, die die Aula der Realschule Uferstraße bis auf den letzten Platz füllten. Unter Leitung des Herrn Dadaus sang der Gemischte Chor alte muntere Volksweisen. Der Chor steht, wie der Abend zeigte, mit seinen Leistungen auf achtundzwanzig Höhe. Einige Vieder, so die „Schwedische Wauerndochter“, „Das Liedchen“ von Wagner, „Weim Tange“ und „Bruder Wiederlich“, wurden sogar sehr gut wiedergegeben. Bei einigen Vorträgen der Sopran allerdings etwas dünn. Eine ausgezeichnete Wiederholung des Abends war die Mitternacht des Herrn Rudolf Müller mit Liedern zur Seite. Müller hat eine vorzügliche Rollenstimme. Auch seine Lieder wirkte durchwegs edel und war voll köstlichem Humor. Den härtesten Anlauf fanden die Chorleiter mit Herrn Müller als Vorträger. Ein außerordentlich reiches Bespiel belohnte alle Vorträge für ihre guten Leistungen.

Kirchenkonzert der WSPD. Montag, 22. Oktober, abends 8 Uhr, im der St. Michaelskirche. Zu obigem Konzert sind noch Karten zu 100 und 180 Millionen Mark Montag von 2 bis 5 Uhr in unserer Theaterkassa, Große Theaterstraße 42, 1. Etg., und von 9 bis 5 Uhr in der Buchhandlung Auer & Co. zu haben, sowie am Montag abend, 7 1/2 Uhr, am Hauptportal der Kirche.

Volksbühne Groß-Hamburg, e. B. Vorstellung am Sonntag, 21. Oktober, mittags 12 1/2 Uhr, Thalia-Theater, „Water und Sohn“ (Rm. 201—4200), mittags 1 Uhr, Volkstheater, „Martha“ (Rm. 1701—2800), Montag, 22. Oktober, abends 8 Uhr, 8 am zentralen, und das Licht scheint in der Finsternis

